

## **Diskriminierung und Ausbeutung in der Bauindustrie**

Gekürzte und überarbeitete Fassung des Arbeitspapiers der Delegation

*Eine Gruppe von vierzehn Gewerkschaftern aus sieben europäischen Ländern hat vom 25. April bis 01. Mai 2004 Israel und die besetzten Gebiete besucht, unter ihnen zwei Delegierte des Arbeitskreis Internationalismus, IG Metall Verwaltungsstelle Berlin. Zweck der Delegationsreise war es, die Arbeitssituation von Arbeitsmigranten und Palästinensern, sowohl jenen aus den Israel als auch denen aus den Besetzten Gebieten, zu untersuchen. Die Reise Besuch war vom Workers Advice Center (WAC) – Ma'an organisiert worden. Dies ist eine gekürzte Fassung des Arbeitspapiers, das die Delegation als Grundlage für ihren Abschlussbericht gewählt hat.*

Der Arbeitsmarkt in Israel/Palästina ist von Arbeitslosigkeit und Instabilität geprägt. Der seit drei Jahre andauernde gewaltsame Konflikt und der weltweite ökonomische Niedergang haben das Land in Rezession gestürzt.

Die israelische Regierung hat auf die Rezession mit einem drakonischen Sparprogramm reagiert. Die drastischen Einschnitte ins soziale Netz in den Jahren 2002/2003 haben besonders die Arbeitslosen, Behinderten, die Alten, die Schulen und die sozialen und städtischen Dienstleister getroffen. Auch die Privatisierung des öffentlichen Sektors hat die Regierung in Angriff genommen. Sie versucht die organisierte Arbeit zu schwächen, die rechtsverbindlichen kollektiven Arbeitsvereinbarungen null und nichtig zu machen und die Arbeitsgerichte auszuschalten.

Die Delegation konzentrierte ihre Untersuchung auf die Arbeiter der Bauindustrie, unter denen jene drei Gruppen in Israel zu finden, die am meisten unter Diskriminierung zu leiden haben: Die Araber aus Israel, die Palästinenser aus den Besetzten Gebieten und die Arbeitsmigranten. Von 212.000 auf dem Bau Beschäftigten ist nur ein kleiner Teil organisiert und nur diese Gruppe kommt in den Genuss der gesetzlich vorgeschriebenen Gehälter und Sozialleistungen.

Während des Golfkriegs 1991 und dann wieder, unter dem Vorwand der Sicherheit, im April 1993 riegelte Israel die Besetzten Gebiete radikal ab. Ergebnis war ein plötzlicher Mangel an Arbeitskräften auf dem Bau und in der Landwirtschaft. Die Regierung löste die Situation, indem sie ohne Plan oder Kontrolle Migranten ins Land holte. 2001 hatte die Zahl der Arbeitsmigranten die 300.000 erreicht, das sind 12,5 % der gesamten Arbeiterschaft und mehr als das Doppelte ihres durchschnittlichen Anteils im industrialisierten Westen.

Während der Rezession von 2002 formte sich in Wirtschaftskreisen ein Konsens, dass der Import<sup>1</sup> von Arbeitsmigranten ein Reservoir von Arbeitskräften schaffen würde, das, billig und unorganisiert, in ungleichem Wettbewerb mit den einheimischen Arbeitern stehen würde. Die Chefs des Finanzministeriums drückten das Dilemma so aus: „Zu einer Zeit, in der Israel 300.000 Arbeitsmigranten hat, hat es auch 250.000 Erwerbslose.“

Entsprechend begann die Regierung den Anteil der „Import“genehmigungen für Bauarbeiter zu senken. Im September 2002 verbot sie es, weitere Arbeiter ins Land zu bringen. Da die Hälfte der Arbeitsmigranten aufgrund ihrer miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen „untergetaucht“ und „illegal“ geworden war, schuf die Regierung eine Migrationspolizei, deren Aufgabe es ausdrücklich ist, jährlich 50.000 „illegale“ Migranten abzuschieben. In den

---

<sup>1</sup> Der Begriff „Import“ ist hier regelmäßig gewählt worden, weil die Autoren davon ausgehen, dass Arbeitsmigranten nach Israel wie Waren importiert werden. Der Begriff soll die Praxis der Anwerbung und Versklavung der Arbeitsmigranten anprangern.

letzten anderthalb Jahren hat sie unterdrückt, verfolgt, verhaftet und ausgewiesen. Doch während die Regierung mit der linken Hand deportiert, fährt sie, ihre eigenen Entscheidungen umgehend, mit der Rechten mit dem „Import“ fort: Drehtür-Politik.

Ende 2002 hat die Regierung die Arbeitgeber gebeten, trotz der andauernden Intifada Palästinenser einzustellen, sowohl um die Migranten zu ersetzen als auch um das Elend in den Besetzten Gebieten zu mindern. Jedoch wurde nichts unternommen, um die Umsetzung dieses Versprechens zu garantieren. Tatsächlich erteilte die Regierung 15.000 palästinensischen Arbeitern – alle älter als 35 Jahre - eine Arbeitserlaubnis; aber dann errichtete sie unter dem Vorwand der Sicherheit Barrieren. Selbst an „normalen“ Tagen haben die Arbeiter enorme Schwierigkeiten ihre Arbeitsplätze zu erreichen. An Tagen mit vollständiger Abriegelung kommen sie gar nicht zur Arbeit. Die Bauunternehmen haben daraus den Schluss gezogen, dass man sich auf diese Quelle für Arbeitskraft nicht verlassen kann.

Ergebnis dieser Entwicklung war, dass israelische Araber, die in den 1990ern von den Baustellen vertrieben worden waren, wieder Arbeit fanden. Doch diesen Arbeitern fehlt es größtenteils an Organisierung, Sozialleistungen und angemessenen Sicherheitsbedingungen. Das WAC hat eine Kampagne mit dem Namen ‚A Job to Win‘ durchgeführt, bei der es 600 Jobs mit angemessener Bezahlung und ordentlichen Arbeitsbedingungen durchgesetzt hat, aber die Gruppe dieser Beschäftigten ist noch eine Minderheit.

### **Arabische Arbeiter in Israel: Institutionalisierte Diskriminierung**

Die arabischen Bürger Israels, etwa 20 % seiner Gesamtbevölkerung, leben größtenteils in eigenen Städten und Dörfern, in denen sie nicht über eine eigene Industrie verfügen. Die Arbeitslosigkeit unter der arabischen Bevölkerung Israels beträgt das Anderthalbfache der der Gesamtbevölkerung. 98 % der israelischen Orte mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit sind arabische Orte.

Das Adva Center, eine israelische Forschungseinrichtung, hat ermittelt, dass das durchschnittliche Bruttoeinkommen in jüdischen Städten und Ortschaften Israels fast doppelt so hoch ist wie das in den arabischen Gemeinden des Landes. Das durchschnittliche Monatseinkommen der jüdischen Bevölkerung beträgt 9.363 Schekel (ca. 1.700,00 EUR), während sich das der arabischen Bürger auf 5.252 Schekel beläuft. Das Durchschnittseinkommen in arabischen Gemeinden ist 30 % niedriger als jenes in den chronisch hinterherhinkenden jüdischen Entwicklungsstädten.<sup>2</sup>

Diese Situation muss vor dem Hintergrund der Politik Israels gegenüber seinen arabischen Staatsbürgern seit 1948 gesehen werden. In seiner wertvollen Untersuchung der arabischen Wirtschaft in Israel ist Dr. Aziz Haidar zu dem Schluss gekommen, dass die arabische Gemeinschaft den größten Teil ihrer Landreserven aufgrund systematischer Enteignung verloren hat, während es ihr gleichzeitig nicht möglich war, Genehmigungen für den Bau industrieller Anlagen zu erhalten. Innerhalb von drei Jahrzehnten haben diese beiden Faktoren eine Gesellschaft von Bauern in eine von in jüdische Industriegebiete pendelnden Arbeitern verwandelt.<sup>3</sup>

Gemäß dem israelischen Gesetz über Chancengleichheit sollten arabische Bürger gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. In Wirklichkeit werden Sicherheitsgründe, oft ohne angemessenen Grund, benutzt, um sie von den besseren Jobs auszuschließen. Dr. Haidar

---

<sup>2</sup> Adva Center, "Israel: A Social Report 2003" [www.adva.org/ISRAEL\\_2003\\_ENG.pdf](http://www.adva.org/ISRAEL_2003_ENG.pdf)

<sup>3</sup> Dr. Aziz Haidar "The Arab Population in the Israeli Economy" 1990. International Center for Peace in the Middle East, p.130

zufolge, „haben“ die arabischen Arbeiter, obwohl sie Staatsbürger sind, „große Ähnlichkeiten mit den Arbeitsmigranten“. Araber haben in allen Bereichen des Arbeitsmarkts die niedrigsten Stellungen inne und sie sind durch wirtschaftliche Schwankungen viel verletzbarer. Ihre Erwerbstätigkeits- und Arbeitslosigkeitsmuster gleichen denen der ausländischen Arbeiter.<sup>4</sup>

Wenn man bedenkt, dass nur 17 % der arabischen Frauen in Israel in einem Arbeitsverhältnis stehen, verglichen mit 53,8 % der jüdischen Frauen, und in Anbetracht dessen, wie begrenzt die Positionen sind, die arabischen Männern offen stehen, versteht man, weshalb der Bau der Hauptindustriestruktur für arabische Arbeiter ist. Schätzungen von WAC zufolge sind heute ca. 50.000 arabische Israelis auf dem Bau beschäftigt oder suchen dort Arbeit. Da zwei weitere Branchen, nämlich der Textilbereich und die Gemeinden, die in der Vergangenheit arabische Arbeitskräfte eingestellt haben, in den letzten Jahren harte wirtschaftliche Schläge erlitten haben, hat als wesentliche Quelle von Arbeitsplätzen nur der Baubereich überlebt.<sup>5</sup>

Daher hatten die Schwankungen im Baugewerbe starke Auswirkungen auf den Niedergang der arabischen Wirtschaft. Bis 1996 nahm die Bauindustrie alle arabischen Arbeiter Israels auf, die Jobs haben wollten, und zusätzlich eine große Zahl von Migranten aus Rumänien, der Türkei, Bulgarien und China. Das war jedoch eine Hochphase. Danach begann die Zahl der Bauprojekte zu sinken.

Professor Zvi Eckstein von der Tel Aviv University zufolge haben zwischen 1996 und 2001 rund 35.000 israelische Arbeiter, die meisten von ihnen Araber, ihre Jobs auf dem Bau verloren.<sup>6</sup> Gleichzeitig steigerten die Anwerbungsunternehmen mit Zustimmung der Regierung den Import von Migranten. So betrug die Gesamtzahl der Bauarbeiter 1996, dem Jahr mit der höchsten Beschäftigtenzahl, 247.000. Davon waren 150.000 Israelis, 28.000 Palästinenser, 69.000 Migranten.<sup>7</sup> 2002 war die Gesamtzahl der Arbeiter auf 211.700 gesunken. Von diesen waren 120.700 Israelis, 11.000 Palästinenser (einschließlich solcher ohne gültige Arbeitserlaubnis) und 80.000 Migranten.<sup>8</sup>

Die Zahl israelischer Arbeiter auf dem Bau ist zwischen 1996 und 2002 also um 30.000 gesunken, während die Zahl der Migranten gleichzeitig um 11.000 gestiegen ist. Die, die ihre Arbeitsplätze verloren, waren organisierte Arbeiter, meistens Araber, während denen, die sie bekamen, jegliche Vertretung und Verhandlungsmacht fehlte.

2002 verfasste Rechtsanwalt Yehiel Katz einen Bericht über den Rentenfonds der Bauarbeiter, den er im Auftrag des Finanzministeriums überwachen sollte. Sein Bericht offenbarte für den genannten Zeitraum einen Rückgang der Mitgliederzahl von 25.000 auf 5.000.<sup>9</sup> Er wies auch daraufhin, dass Arbeiter, die gefeuert worden waren, ihre Gelder aus

---

<sup>4</sup> Adva Center, "Israel: A Social Report 2003" [www.adva.org/ISRAEL\\_2003\\_ENG.pdf](http://www.adva.org/ISRAEL_2003_ENG.pdf)

<sup>5</sup> Im letzten Jahrzehnt hat die Textilbranche in Israel als Ergebnis des Transfers in billigere Länder, wie Ägypten und Jordanien, 20.000 Arbeitsplätze verloren. Die Schließung von Nähwerkstätten hat die Haupteinkommensquelle arabischer Frauen geschädigt. Zusätzlich waren viele Gemeinderäte, die Leute im Gemeindedienst beschäftigt haben, monatelang nicht in der Lage die Gehälter zu zahlen. Diese Einkommensquelle, einst als zuverlässig betrachtet, ist total instabil geworden.

<sup>6</sup> Interview in dem Dokumentarfilm „A Job to Win“, Video 48, Jan. 2004. Untersuchungen des Adva Center behaupten, dass sich ihre Zahl auf 10.000 belief, vgl. Dr. Adrianna Kemp und Dr. Rivka Reichmann, „Foreign workers in Israel“, Information on Equality (maida al shivion), Vol. 23, (Hebräisch, Juni 2003)

<sup>7</sup> "Overseas Foreign Workers in Israel – Policy aims and labor market outcomes" – Eine Arbeitsunterlage, vorbereitet von Dr. Shmuel Amir und dem Arbeitsministerium Israel für ein Treffen des European Centre for Social Welfare Policy and Research, 1999.

<sup>8</sup> *Annual Report of the State Comptroller*, Israel, 2003

<sup>9</sup> "The Insurance and Pension Fund of Workers in Construction and Public Works", Report No. 9 of the Authorized Manager of the Pension Fund (Hebrew)

dem Fonds herausgezogen hatten. Der Bericht ist aufschlussreich: Wenn Mitglieder eines Rentenfonds diesen verlassen, ist dies mit der Erkenntnis gleichzusetzen, dass der Verlust der Arbeit nicht nur vorübergehend ist.

### **Die palästinensischen Arbeiter: Abriegelung und Kollektivstrafen**

1967 hat Israel die Westbank und den Gazastreifen besetzt. Am 08. Oktober 1970 beschloss das israelische Kabinett dann, die Palästinenser aus den Besetzten Gebieten in Israel arbeiten zu lassen. Wenn man ihre Arbeitsplätze von Israel abhängig machte, so dachte man, wäre es nicht so wahrscheinlich, dass sie gegen die fortwährende Besatzung Widerstand leisten würden.

Doch die Besetzten Gebiete wurden nicht nur zu einer Quelle von Handarbeitern, sondern bis in die späten 80er Jahre hinein, als High-Tech die Führung in der israelischen Wirtschaft übernahm, auch der größte Exportmarkt nach den USA. Keine palästinensische Industrie konnte mit Importen aus Israel konkurrieren und daher entwickelte sich auch keine.

1993 pendelten 120.000 Palästinenser zur Arbeit nach Israel. Ihr Einkommen macht den größten Teil des Gesamteinkommens in Westbank und Gaza aus. Doch in diesem Jahr verhängte Israel die Abriegelung und feuerte damit praktisch all diese Ernährer mit einem einzigen Pinselstrich. Seitdem sind die Gebiete - mit unterschiedlicher Strenge – immer abgeriegelt gewesen. Je nach den politischen Absichten der israelischen Regierung wird der Hahn mehr oder weniger aufgedreht.

Inzwischen wuchs die Zahl der Arbeiter in den Besetzten Gebieten. Dr. Onn Winkler stellt in einem Papier mit dem Titel „Trends der palästinensischen Wirtschaft vor und nach dem Vertrag von Oslo“<sup>10</sup> fest, dass nach der Golfkrise 1990/91 Hunderttausende palästinensischer Arbeiter gezwungen waren ihre Arbeitsplätze in den Golfstaaten zu verlassen. Sie kehrten in die Besetzten Gebiete zurück, die Bevölkerungszahl stieg entsprechend. 1992 betrug die Zahl der palästinensischen Arbeiter 350.000. 1999 war sie auf 630.000 gestiegen.

Während der Jahre von Oslo hat sich der staatliche Sektor in den Gebieten, die unter Kontrolle der PA standen, beträchtlich ausgeweitet. Dies schuf jedoch keine unabhängige Basis für eine Industrie, die eine steigende Zahl Arbeitssuchender hätte mit Jobs versorgen können. Die Abhängigkeit von Israel blieb bestehen.

Der Ausbruch der zweiten Intifada hat zu einer weiteren Verschlechterung der Lage in den Besetzten Gebieten geführt. Ein Bericht der UN Special Commission for Palestine (UNSCO) zeigt die Gefahren auf: „Die palästinensische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise, in der die Arbeitslosenzahlen seit der ersten Hälfte 2002 signifikant gestiegen sind .... Besonders hart sind jene Orte und Städte der Westbank getroffen, die das israelische Militär in Reaktion auf Terroranschläge zu Beginn dieses Jahres unter lange Ausgangssperren gestellt hatte. (...)Die Armut wächst weiterhin mit alarmierender Geschwindigkeit, im Gazastreifen erreicht sie 70 %.“<sup>11</sup>

Mit der Errichtung der Trennmauer macht Israel die Abriegelung perfekt.

---

<sup>10</sup> Hamizrach Hahadash. Volume 43, 2002 (Hebrew)

<sup>11</sup> UN: New Economic Figures for West Bank and Gaza Show Rapid Deterioration Leading to Human Catastrophe. – (UN Information Centre, 30 August 2002)

## Arbeitsmigranten in der Bauindustrie

Gegenüber der Ausbeutung von Arbeitsmigranten drückt Israel ein Auge zu. Nach dem Gesetz haben diese Arbeiter ein Recht auf die gleichen Arbeitsbedingungen wie die Israelis. Doch Israels Regierung ignoriert ihre Verpflichtung die Arbeitsgesetze durchzusetzen. Der Internationale Bund für Menschenrechte (FIDH) und das Euro-Mediterrane Menschenrechtsnetzwerk (EMHRN) haben kürzlich einen Report mit dem Titel „Arbeitsmigranten in Israel – eine zeitgenössische Form der Sklaverei“ herausgegeben. In ihm findet sich folgender Absatz: „Seit 1960 ist die Zahl der Arbeitsmigranten dramatisch gestiegen und diese Art von Arbeit sehr gebräuchlich. Die Situation in Israel ist jedoch einzigartig, da Arbeitsmigranten bewusst benutzt werden, um palästinensische Arbeiter zu ersetzen, und auch wegen der Rolle, die diese Politik im israelisch-palästinensischen Konflikt spielt.“<sup>12</sup>

Für die Anwerbung von Arbeitsmigranten gibt es starke Anreize:

Sie sind billig. Wirtschaftsprofessor Zvi Eckstein zufolge kostet ein Arbeitsmigrant seinen Arbeitgeber durchschnittlich 5 Dollar pro Stunde, während ein einheimischer Arbeiter 7 Dollar kostet. Im Laufe eines Jahres beläuft sich die Ersparnis auf 4.800 Dollar pro Arbeiter.<sup>13</sup>

Personalfirmen machen mit dem Handel ein Vermögen, da die Arbeiter oft mehrere tausend Dollar zahlen, um einen Arbeitsplatz in Israel zu ergattern. Dieses Geld versickert in den Taschen der Personalfirmen und Bauunternehmer. Es wird vermutet, dass auch Regierungskreise an diesem Geschäft verdienen.

Die wirtschaftliche Situation in den Ländern, die die Arbeiter schicken, ist so, dass ihre Regierungen, die unbedingt Devisen wollen, gegenüber der Ausbeutung ihrer Bürger ein Auge zu drücken.

2002 war Israels Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs geraten. Zehntausende von Israelis waren aus den Jobs geworfen worden und von Sozialhilfe abhängig. Führende Ökonomen warnten wiederholt vor der irrationalen Struktur des Markts und die Regierung begann zu handeln.

In einem, wie sie es nannte „Kampf gegen illegale ausländische Arbeit“ gründete die Regierung im September 2002 eine „Migrationspolizei“ gegründet. Ihr Ziel war es, jährlich 50.000 „illegale“ Arbeitsmigranten abzuschicken. Aber wer sind diese „Illegalen“? Das sind Leute, die legal nach Israel gekommen sind um zu arbeiten und Vermittlern Tausende von Dollars für dieses Privileg gezahlt haben. An ihren Arbeitgeber gebunden, unter abscheulichen Lebensbedingungen, der Lohn gekürzt oder verzögert gezahlt, ist es wahrscheinlich, dass sie „abtauchen“, „illegal“ werden. Mehr als die Hälfte der einst legalen Migranten haben genau dies getan. Das sind die Leute, die die Migrationspolizei verhaftet und deportiert.

Es wurde eine „Drehtür“ geschaffen – neue „legale“ Arbeiter rein, alte „illegale“ raus. Erstere haben hier häufig Familien gegründet. Wenn es zur Deportation kommt, werden die Familien oft getrennt.

---

<sup>12</sup> Migrant workers in Israel - A Contemporary Form of Slavery [www.fidh.org/actu/index.htm](http://www.fidh.org/actu/index.htm)

<sup>13</sup> Assaf Adiv, "A Job to Win (Chapter 2)", *Challenge* No. 73 (May-June 2002)

Diese Situation besteht fort, weil mächtige Lobbys aus Manpower-Firmen, Bauunternehmern und Landwirtschaftsvereinigungen am Werk sind. Diese Lobbys haben in den verschiedenen Regierungsabteilungen enormen Einfluss.<sup>14</sup>

Die Verletzung der Rechte der Migranten in Israel hat viele Aspekte. Zwei von ihnen wollen wir hier aufzeigen.

## 1. Ein System der Zwangsarbeit

Als sie den Import von Arbeitern erlaubten, waren israelische Regierungen darum besorgt, dass diese nicht zu einer demografischen Gefahr für den jüdischen Charakter des Staates würden. Daher wurde eine sorgfältige Unterscheidung getroffen, dass der Arbeitgeber – und nicht der Staat – die Verantwortung für Ankunft, Aufenthalt und Abreise jedes Arbeiters trägt. Wie gesagt, ist der Arbeiter **gesetzlich** an den Arbeitgeber gebunden. 2002 hat die Regierung Arbeitsmigranten erstmals erlaubt, ihre Arbeitgeber zu wechseln. Ein Arbeiter, der dies tun will, muss einen neuen Arbeitgeber finden, der berechtigt ist einen Migranten zu beschäftigen, und das Innenministerium muss dem Wechsel zustimmen. Dies ist ein positiver Schritt, der aber nur in einigen Fällen umgesetzt wird.<sup>15</sup>

Der Bericht des US State Departments über Menschenrechte von 2003 hat Israel scharf kritisiert: „Arbeitsgesetze schreiben Mindestlohn, Lohngarantien und Jahresurlaub für alle Arbeiter in Israel fest, doch die Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung richten sich in erster Linie gegen die Arbeitsmigranten und nicht gegen die Arbeitgeber, die offen das Gesetz brechen dürfen.“<sup>16</sup> Im Bericht des „State Comptrollers“ für 2002 war zu lesen, dass Arbeitgebern, die die Zahlung der Arbeitslöhne verzögert, die Pässe der Arbeiter konfisziert und Arbeiter ohne Arbeitserlaubnis beschäftigt haben, auch weiterhin erlaubt wurde Migranten anzuwerben.<sup>17</sup>

## 2. Die Arbeitsmigranten erhalten nicht einmal minimale Sozialleistungen

Die Internationale Vereinbarung über den Schutz der Rechte aller Arbeitsmigranten und ihrer Familienmitglieder besagt Folgendes: „Hinsichtlich der sozialen Sicherheit sollen Arbeitsmigranten und ihre Familienmitglieder in der Beschäftigungssituation die gleiche Behandlung genießen wie die Einheimischen, insoweit sie die Voraussetzungen der geltenden Gesetze des Staates sowie der geltenden bilateralen und multilateralen Verträge erfüllen. Die zuständigen Behörden des Herkunftslandes und des Beschäftigungslandes können jederzeit die notwendigen Vereinbarungen treffen, um die Modalitäten der Anwendung der Normen festzulegen.“<sup>18</sup>

Israel hat diese Konvention nicht unterschrieben.

---

<sup>14</sup> Z.B. zum Fall der türkischen Arbeiter, die als Teil eines bilateralen Abkommens zwischen der Türkei und Israel nach Israel kamen, siehe: „Tanks for Workers“, : [www.workersadvicecenter.org/Turkish-workers.htm](http://www.workersadvicecenter.org/Turkish-workers.htm)

<sup>15</sup> Im Falle der türkischen Personal-Firma, die in „Tanks for Workers“ erwähnt wird, ist es den Arbeitern nicht erlaubt den Arbeitgeber zu wechseln. Ihre Versklavung ist ein spezielles Privileg dieser Firma.

<sup>16</sup> US State Department, *Report on Human Rights Practices 2003*

<sup>17</sup> *Annual Report of the State Comptroller 53B for 2002 and for Fiscal Year 2001* (Hebrew)

<http://www.mevaker.gov.il/serve/contentTree.asp?bookid=376&id=2&contentid=7099&parentid=undefined&bctype=7098&sw=800&hw=530>

<sup>18</sup> International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families, adopted by General Assembly Resolution 45/158 of 18 December 1990. It entered into force on July 1, 2003. [http://www.unhcr.ch/html/menu3/b/m\\_mwctoc.htm](http://www.unhcr.ch/html/menu3/b/m_mwctoc.htm)

Ein Bericht des Adva Center vom Juni 2003 greift die die Rentenrechte betreffende Konvention Nr. 48 der ILO auf. Diese Konvention „verpflichtet den Staat sich mit den Rentenrechten der Arbeitsmigranten ebenso zu beschäftigen wie mit denen seiner eigenen erwerbstätigen Bürger.“

Auf dem Papier hat die israelische Regierung diesen egalitären Ansatz im Mai 1993, als der massive Import von Arbeitskräften gerade begann, bekräftigt.<sup>19</sup> Für die Beschäftigung eines Arbeitsmigranten wurden bestimmte Bedingungen festgelegt:

1. Der Arbeitgeber muss die Arbeitsmigranten entsprechend dem Gesetz und den Tarifverträgen für das Baugewerbe bezahlen.
2. Für jeden Arbeitsmigranten, den er beschäftigt, muss der Arbeitgeber zwei ungelernete israelische Arbeiter einstellen.

Gemäß dieser Entscheidung hat jeder Arbeitgeber eine schriftliche Vereinbarung mit der Stellenvermittlung unterzeichnet, die ihn dazu verpflichtete, die oben genannten Konditionen einzuhalten.<sup>20</sup>

Diese Verpflichtung blieb genau wie die Regierungsentscheidung von 1993 nur Papier. In einem sehr kritischen Bericht beschreibt Yehiel Katz, wie die Arbeitgeber die Entscheidung jeglichen Sinns entleert haben. Katz klagt auch die Chefs des Rentenfonds der Bauarbeiter an und schreibt, dass sie in den frühen 90ern die internationalen Konventionen gebrochen haben, indem sie, um die Arbeitskosten zu senken, mit den Auftraggebern gemeinsame Sache gemacht haben.

### **Schlussfolgerung**

Die Mehrheit der Arbeiter in seiner Bauindustrie, einschließlich der Palästinenser, Migranten und israelischen Bürger (meist Araber), werden bis heute ausgebeutet. Die israelischen Behörden ratifizieren keine neuen Arbeitsvereinbarungen; sie setzen ihre eigenen Arbeitsgesetze nicht durch; sie beuten die Entschuldigung „Sicherheitsbedenken“ unverhältnismäßig aus; sie wenden das Gesetz selektiv an und verschließen ihre Augen vor den kriminellen Machenschaften der Arbeitgeber und der Personalagenturen. Auf lokaler wie auf internationaler Ebene ist es dringend notwendig zu handeln, um den Arbeitern völlige Gleichheit zu bringen, unabhängig von Staatsbürgerschaft, Nationalität oder Rasse.

Eine Lösung kann – in Israel wie überall - nur in der Durchsetzung der Forderung nach gleichem Lohn und gleichen Sozialleistungen für gleiche Arbeit für alle sein.

---

<sup>19</sup> "The Insurance and Pension Fund of Workers in Construction and Public Works" (Hebrew), Report No. 9 of the Authorized Manager of the Pension Fund.

<sup>20</sup> Ibid., Appendix 5/A (Hebrew)